



Wissens- und Ideentransfer für  
Innovation in der Verwaltung

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung



Gemeinsame  
Wissenschaftskonferenz  
GWK

*Innovative  
Hochschule*



Deutsche Universität für  
Verwaltungswissenschaften  
Speyer

## MITARBEITER\*INNEN-WORKSHOP PARTIZIPATIONSLEITFADEN-PROZESS

19. MAI 2021

DR. RUBINA ZERN-BREUER, DR. EDITHA MARQUARDT, SIMON STERBENK

DEUTSCHE UNIVERSITÄT FÜR VERWALTUNGSWISSENSCHAFTEN SPEYER



- Begrüßung
- Kurze Einführung: Warum Bürgerbeteiligung?
- Partizipation in Speyer
- Diskussion und Konkretisierung des Leitfadens in Kleingruppen (3 Räume)
- Ergebniszusammenfassung im Plenum
- Diskussion und Ausblick



## Vorhabenliste und Vorschläge für Bürgerbeteiligung



Verankerung in der Stadtverwaltung und Formate der  
Beteiligung

Stadtsimulation: Arbeit an einem konkreten Beispiel



Wissens- und Ideentransfer für  
Innovation in der Verwaltung

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung



Gemeinsame  
Wissenschaftskonferenz  
GWK

*Innovative  
Hochschule*



Deutsche Universität für  
Verwaltungswissenschaften  
Speyer

## WOZU BRAUCHEN WIR EIGENTLICH BÜRGER\*INNENPARTIZIPATION?

MITARBEITER\*INNEN-WORKSHOP

19.5.2021

DR. RUBINA ZERN-BREUER

DEUTSCHE UNIVERSITÄT FÜR VERWALTUNGSWISSENSCHAFTEN SPEYER



## Formelle vs. informelle/freiwillige Beteiligung:

- *Formelle Bürgerbeteiligung* meint Bürgerbeteiligung, die gesetzlich vorgeschrieben ist (im Unterschied zur informellen Beteiligung), bspw. bei Bauleitplanung, Raumordnungsverfahren, Genehmigungsverfahren
- Zu den *informellen Verfahren* der Bürgerbeteiligung gehören alle Verfahren, die nicht gesetzlich geregelt sind. Sie können sowohl auf der Ebene der „One-Way-Kommunikation“ als auch dialogorientiert Anwendung finden. Über Informationen, z. B. Pressearbeit oder Informationskampagnen, kann die Verwaltung Konzepte und Ideen direkt mit den Bürger\*innen kommunizieren.



- Demokratie: Vielfalt von demokratisch geprägten und demokratieförderlichen Institutionen und Prozessen in möglichst vielen gesellschaftlichen Bereichen
  - Kommunen = lokale Keimzellen der Demokratie
  - Grundlage: intensive Beteiligung der Bürger\*innen an öffentlichen Angelegenheiten
- > Die Schaffung einer Win-Win-Win-Situation als Erfolgsbedingung für mitgestaltende Bürgerbeteiligung!

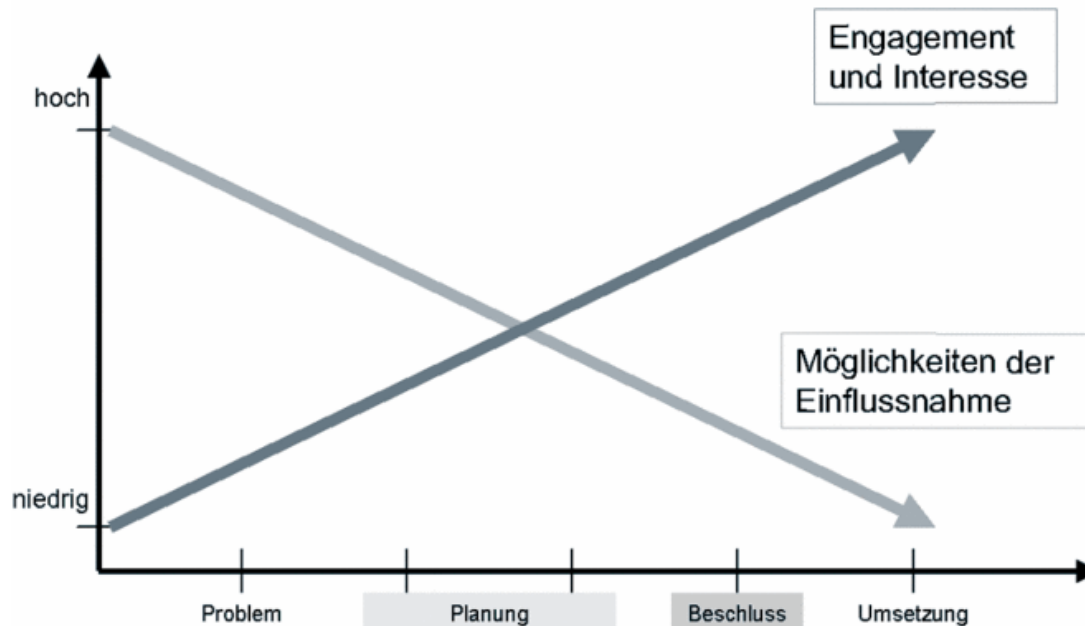


- Benefits:
  - Verbesserung der Akzeptanz von Ergebnissen
    - eine frühzeitige, in die Tiefe gehende Beteiligung kann viele Kosten vermeiden und Widerstände verhindern
  - Verbesserung der Qualität von Ergebnissen
    - Erweiterung von Expertenwissen durch Bürgerbeteiligung
  - Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch direkte Demokratie
    - Stärkung der Demokratie
  - Verbesserung des Vertrauensverhältnisses zwischen Bürgerschaft und Verwaltung
  - **Bürgerbeteiligung erfordert neue politische Kompetenz!**



- Je früher die Bürger\*innen beteiligt werden, desto erfolgreicher kann Bürgerbeteiligung sein:

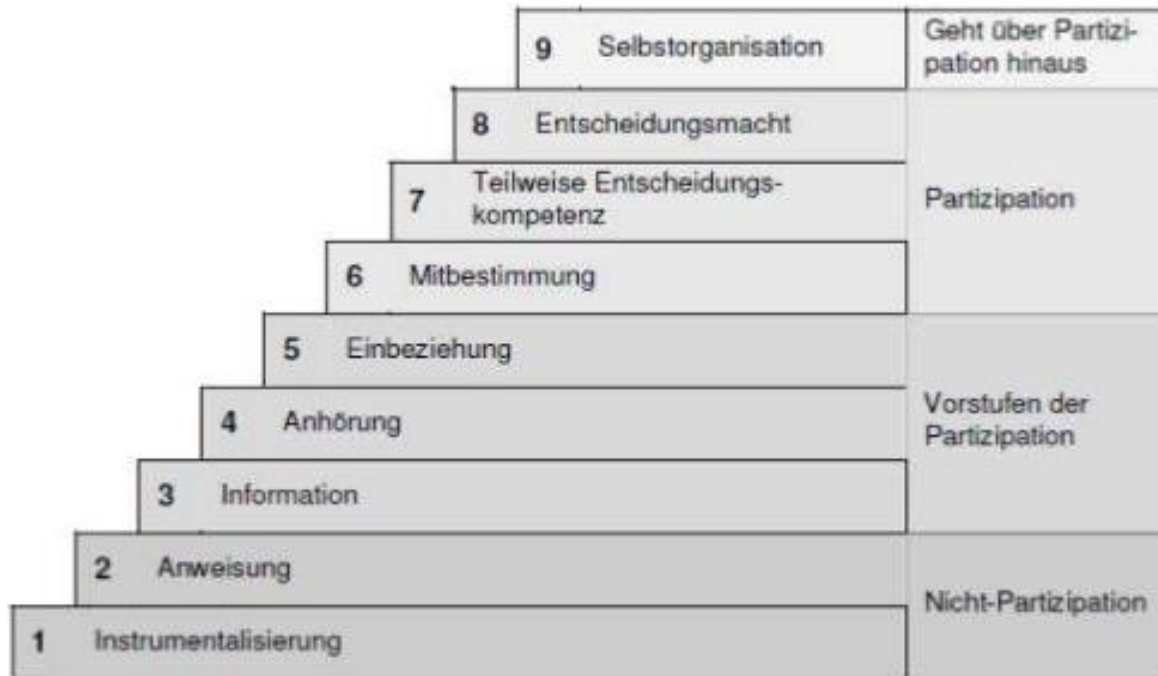
## Das Partizipationsparadox





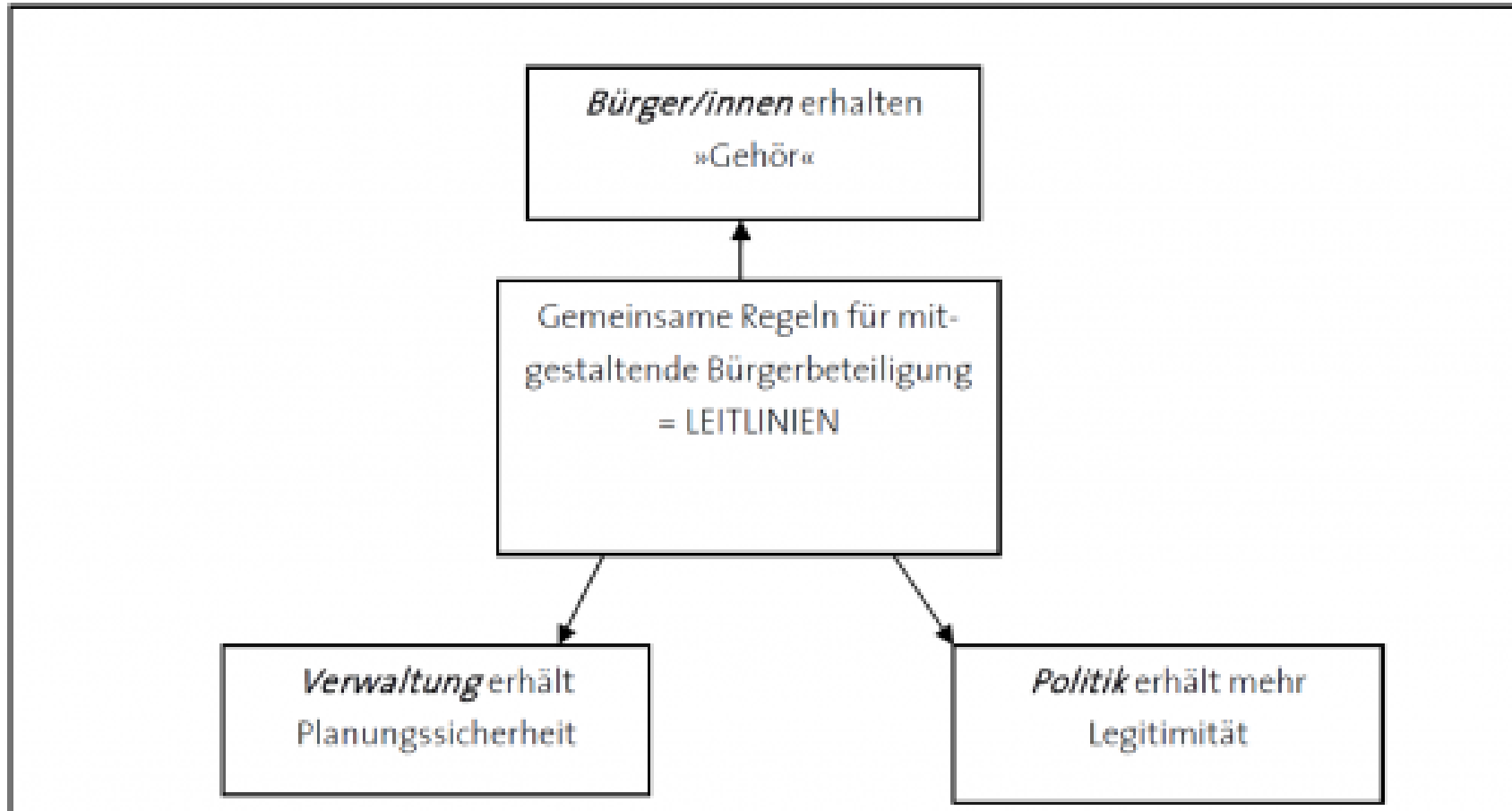


## Stufenleiter der Partizipation (basierend auf Ladder of participation (Arnstein 1969))



Quelle: Wright/von Unger/Block 2010: [https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag\\_baer\\_ua\\_140425.pdf](https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_baer_ua_140425.pdf)

- Zu klären: Über wie viel Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte sollen die Beteiligten verfügen?



Quelle: Vetter 2013 et al.: <http://seminare.lokale-demokratie.de/articles/read/2013/06/mitgestaltende-buergerbeteiligung-verbindlich-verankern>



Kommunale Bürgerbeteiligung

## Wie kann gute Bürgerbeteiligung abgesichert werden?



### Leitlinien Bürgerbeteiligung

- Einige Kommunen in Deutschland haben in partizipativen Prozessen ein **Regelwerk** erarbeitet, nach dem sie zukünftig Beteiligungsprozesse in ihrer Kommune organisieren wollen. Ziel ist es, eine verlässliche Grundlage für die Zusammenarbeit von Bürgerinnen und Bürgern, Gemeinderäten und Verwaltung zu schaffen.
- Verwaltung und Politik schaffen einen **rechtssicheren Rahmen**, in dem Beteiligungsprozesse organisiert werden können. Bürgerinnen und Bürgern sollen dauerhaft eine Stimme bekommen.
- Bürger/innen sollen die **Gewissheit** haben, dass Bürgerbeteiligung regelmäßig in allen Prozessen praktiziert wird, die den Bürgerinnen und Bürgern wichtig sind.



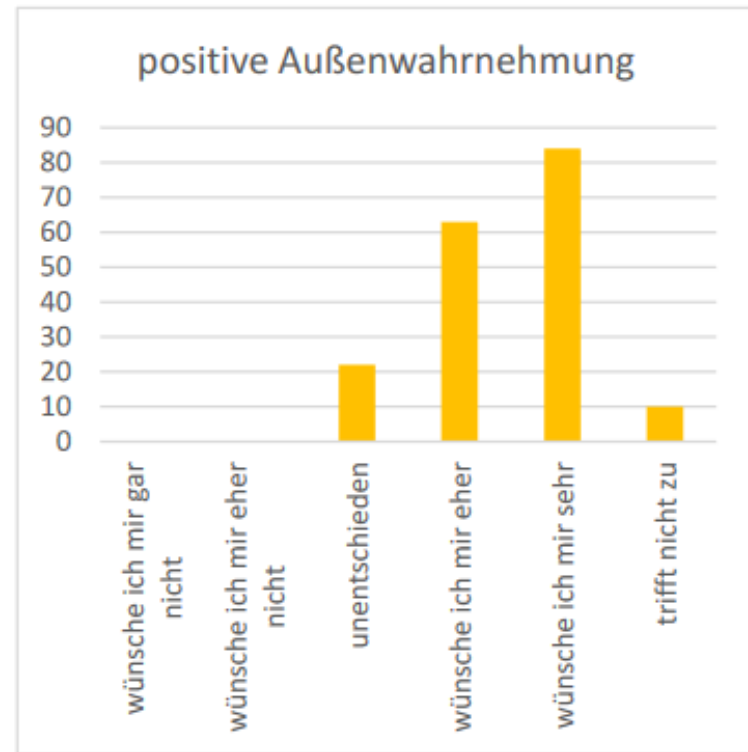
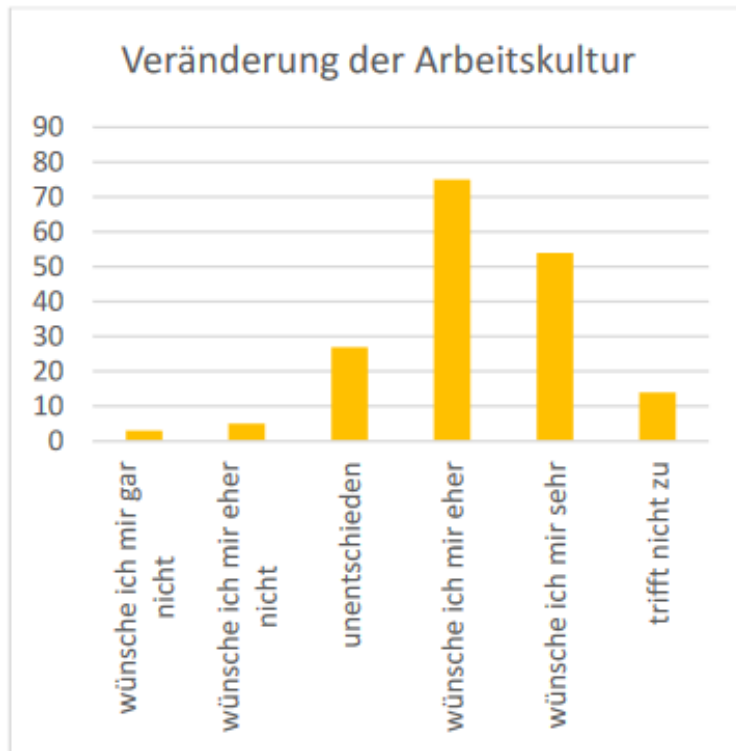
[www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de)



- Umfassende und frühzeitige Information
- Aktive Einbindung der Speyerer\*innen
- Kommunikation und Dialog auf Augenhöhe
- Transparenz und Ergebnisoffenheit des Beteiligungsprozesses



Abb. 4 Welche Veränderungen wünschen Sie sich für die eigene Arbeit in der Verwaltung nach der Krise?



Auszug; Darstellung in absoluten Werten (N = 193)

Quelle: Zern-Breuer et al. 2020



## Zusammenfassung Bedarfe der Mitarbeitenden/langfristige Veränderungswünsche (Auszug):

- Klare, funktionierende Kommunikationswege (intern wie extern)
- Digitale Infrastruktur und Ausstattung
  - (Umfangreiche) Digitalisierung, u.a. einfachere und flexiblere Verfahren auch gegenüber den Bürger\*innen
- Bürgernähe
- Motivation und „Sense-making“

Quelle: Zern-Breuer et al. 2020



## Raum 1: Vorhabenliste und Vorschläge für Bürgerbeteiligung



Raum 2: Verankerung in der Stadtverwaltung und  
Formate der Beteiligung

Raum 3: Stadtsimulation: Arbeit an einem konkreten  
Beispiel

- 3 x 15 min
- 1. Raum zugeteilt
- dann zwei Wechsel möglich



# WITI – Wissens- und Ideentransfer für Innovationen in der Verwaltung



Wissens- und Ideentransfer für  
Innovation in der Verwaltung

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung



Gemeinsame  
Wissenschaftskonferenz  
GWK

**Innovative  
Hochschule**



Deutsche Universität für  
Verwaltungswissenschaften  
Speyer

## RAUM 1: VORHABENLISTE UND VORSCHLÄGE FÜR BÜRGERBETEILIGUNG





= Instrument zur frühzeitigen Information der Bürgerschaft über Projekte, zu denen in der Stadt Steyer Bürgerbeteiligung möglich oder gesetzlich vorgeschrieben ist:

- Hohes Interesse der Bürger\*innen am Vorhaben
- Vielzahl betroffener Bürger\*innen
- Symbolcharakter für Stadt oder Quartier
- Hoher Finanzbedarf
- Wesentliche Eingriffe in den öffentlichen Raum/ Lebensraum mit Folgen für Umwelt, Infrastruktur, Wohnsituation etc.
- Private Vorhaben, für die städtische Grundstücke veräußert werden



- Fachämter melden Vorhaben an Koordinierungsstelle
- standardisierte Projektsteckbriefe





## Vorhabenbeschreibung

Die Luhmannstr. soll saniert werden. Dies ist aufgrund der StraÙenschäden dringend notwendig. Durch die verkehrsrechtliche Ausweisung einer Fahrradstraße kann eine attraktivere und sichere Radanbindung von Steier-Süd in die Innenstadt ermöglicht werden.

## Beschlussvorlage

202/2021 - Luhmannstraße

## Politischer Beschluss zum Vorhaben / Projekt

Der Stadtrat hat dem Vorentwurf am 10.02.2021 zugestimmt.

## Bearbeitungsstand

Bearbeitung begonnen

## Geschätzte Kosten, soweit bezifferbar

Die Kostenschätzung beläuft sich auf rund 2 Millionen Euro.

## Zeitplan/ Nächste Schritte

Der weitere Planungsprozess verzögert sich bis zur mittelfristigen Finanzplanung der kommenden Jahre.

## Betroffenes Gebiet

Steier-Süd, Gesamtstadt

## Zuständig

Amt / Person

## Informelle Bürgerbeteiligung

Offen

## Anschluss an städtische Konzepte

1. Soziale Stadt Steier-Süd
2. Mobilitätskonzept Steier

## Ansprechperson

Frau Musterfrau

letzte Änderung 15.05.2021 / Version 1



- Anregung durch Bürger\*innen, Fachbeiräte, Ausschüsse des Stadtrats, Stadtrat und Stadtverwaltung
- durch in Steyer ansässige Vereine, (Bürger)Initiativen, Institutionen und Unternehmen



© 422373/Pixabay



**Anliegen:** Projekt, Ziel und Begründung

**Ansprechpartner\*innen:** Kontaktdaten einschließlich E-Mail

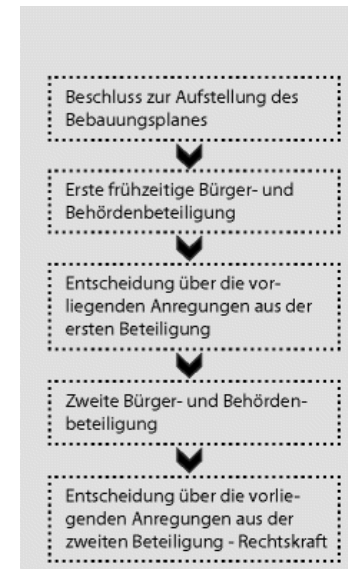
**Vorschlag für Form der Beteiligung:** (digital, Workshops, Informationsveranstaltungen etc.)

**Unterschriftenliste** mit mind. 400 Unterschriften: enthalten sein müssen Name, Adresse, Geburtsjahr, Unterschrift (auf Papier, digitale Zustimmungen sind nicht ausreichend)

- nach Zustimmung Beteiligungskonzept erarbeiten
- verantwortlich: jeweilige Fachabteilung in Abstimmung mit der Koordinierungsstelle



- Projektbeschreibung/-steckbrief (aus Vorhabenliste)
- Beteiligungsgegenstand und Beteiligungsziel (was soll erreicht werden)
- Beteiligungsstufe (Information, Mitwirkung, Mitentscheidung, Entscheidung)
- Entscheidungsspielräume
- Beteiligte Akteur\*innen
- Ebene der Beteiligung (Quartier, Gesamtstadt)
- Ansprache der jeweiligen Zielgruppe(n)
- Zeitraum und Dauer des Prozesses
- Kostenschätzung
- Festlegung des Grads der Verbindlichkeit
- Veranstaltungsformat(e) und Methoden



[https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-21392-3\\_12](https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-21392-3_12)

## Ergebnisse Raum eins

**Thema: Feedback zur Konzeption des Partizipationsleitfadens: Vorhabenliste, Vorschläge für Bürgerbeteiligung sowie Beteiligungskonzept**

- Wie sieht die Vorhabenliste aus? Was muss sie enthalten und wer ist zuständig?
- Wer darf Bürgerbeteiligung vorschlagen und wie muss ein Vorschlag aussehen? Wie wird mit dem Vorschlag umgegangen?
- Wer erarbeitet das Beteiligungskonzept?

### Vorhabenliste

- Vorhabenliste wird als gut umsetzbar bewertet

Folgende Punkte wurden schwerpunktmäßig diskutiert:

Frühzeitige Information	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Vorhabenliste ermöglicht frühzeitige Information                             <ul style="list-style-type: none"> <li>– Bürger*innen können sich hier Informationen abholen</li> <li>– es ist eindeutig, wo die Informationen zu finden sind– wichtige Ergänzung zur Information im Amtsblatt</li> </ul> </li> </ul>
Verantwortung	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verantwortung für Information wird an die Bürger*innen zurückgegeben: Informationen stehen zur Verfügung, müssen aber auch abgeholt werden</li> <li>- Selbständigkeit der Bürger*innen bei der Informationsbeschaffung gestärkt</li> </ul>
Transparenz	<ul style="list-style-type: none"> <li>- es kann nicht über zu späte Information geklagt werden</li> <li>- alle Informationen zum Vorhaben können hier für die Öffentlichkeit zusammengeführt werden (was ist geplant, wie ist der aktuelle Stand, gibt es eine Beteiligung etc.)</li> <li>- es wird sichtbar, ob und wie Bürger*innen am jeweiligen Projekt beteiligt werden</li> <li>- Arbeit der Verwaltung wird sichtbarer – Aufwand und Kosten</li> </ul>
Veröffentlichung	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Vorhabenliste soll im Internet sowie per Aushang veröffentlicht werden</li> </ul>
Standardisierung	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Standardisierung erleichtert Veröffentlichung – Entlastung der Ämter</li> <li>→ Vorlage für einen Vorhabensteckbrief wird begrüßt</li> </ul>

### Vorschläge für Bürgerbeteiligung

Diskutiert wurden Vorschläge für Bürgerbeteiligung, die von der Bürgerschaft ausgehen.

Wieviele Unterschriften sind notwendig?	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Festlegung auf eine genaue Zahl ist schwierig</li> <li>- muss sich nach Projektgröße, Zielgruppen des Vorhabens bzw. Anzahl der Betroffenen richten</li> <li>- Unterschiede, ob es die Gesamtstadt betrifft oder nur ein kleines Projekt in einem Stadtviertel</li> </ul>
Zu klärende Fragen zum Vorschlag	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wie wird der Vorschlag beim Stadtrat eingereicht?</li> </ul>

Regeln	<ul style="list-style-type: none"> <li>- die Regeln müssen klar sein</li> <li>- Vorlage für Vorschlag wichtig</li> </ul>
--------	--

### Beteiligungskonzept

Wenn es zu einer Bürgerbeteiligung kommt, dann muss ein Beteiligungskonzept erarbeitet werden. Zu klären sind folgende Punkte:

Zum Konzept	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wird es eine Beteiligung geben - ja oder nein?</li> <li>• Grad der Beteiligung – nur Information oder Mitbestimmung – hier Erwartungen bedienen</li> <li>• Ziel der Beteiligung</li> <li>• Form der Beteiligung</li> <li>• Transparenz: Was passiert mit den Ergebnissen? – sehr wichtig, um Erwartungen nicht zu enttäuschen</li> </ul>
Erstellung des Konzepts	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fachabteilung setzt Rahmenbedingungen</li> <li>• Entscheidet, ob Gesamtstadt, Stadtteil oder Quartier</li> <li>• Koordinierungsstelle unterstützt bei Konzeptentwicklung, z.B. Formate</li> </ul>
Zielgruppen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Klärung: Wer soll in die Beteiligung einbezogen werden?</li> <li>• Wer ist betroffen vom Projekt?</li> <li>• Wie erreicht man wichtige Zielgruppen, wie können sie angesprochen werden?</li> </ul>
Umgang mit Ergebnissen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ergebnisse der Beteiligung veröffentlichen – Homepage, Social Media</li> <li>• Mehrstufige Prozesse möglich – Ergebnisse werden im Vorhaben berücksichtigt und bearbeitet, danach nochmaliger Einbezug von Bürger*innen</li> <li>• Begründung, wenn etwas nicht umgesetzt wird/ werden kann → muss öffentlich gemacht werden</li> </ul>

### Maßnahmen/Vorschläge:

- Kommunikation

- Mehr Online-Informationen – verschiedene Kanäle
- Analoge Informationen ebenfalls notwendig
- Gilt für Vorhaben ebenso für Beteiligung selbst

- Transparenz erhöhen

- Durch gute Information mit Vorhabenliste
- Ergebnisse der Beteiligung sichtbar machen
- Umgang mit Ergebnissen kommunizieren und Entscheidungen begründen

- Zusammenarbeit Koordinierungsstelle mit Fachabteilungen bei Erarbeitung des Beteiligungskonzepts



# WITI – Wissens- und Ideentransfer für Innovationen in der Verwaltung



Wissens- und Ideentransfer für  
Innovation in der Verwaltung

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung



Gemeinsame  
Wissenschaftskonferenz  
GWK

**Innovative  
Hochschule**



Deutsche Universität für  
Verwaltungswissenschaften  
Speyer

## RAUM 2: VERANKERUNG IN DER STADTVERWALTUNG UND FORMATE DER BETEILIGUNG





Koordinierungsstelle	Beteiligungsformate
Kurzer Input zu: <ul style="list-style-type: none"><li>▪ Funktion</li><li>▪ Aufgaben</li><li>▪ Struktur</li></ul> & Vorschlag Leitlinienentwurf	Kurzer Input zu: <ul style="list-style-type: none"><li>▪ Erkenntnisse aus Interviews &amp; Bürgerumfrage(n)</li></ul> & Vorschlag Leitlinienentwurf
Ihre Meinung & Diskussion	Ihre Meinung & Diskussion





- Funktion:
  - Strukturelle Absicherung & Verankerung der Bürgerbeteiligung
  - Schnittstelle innerhalb Verwaltung
  - Schnittstelle zwischen Bürgerschaft, Verwaltung und Politik
- Aufgaben:
  - Beratung
  - Koordinierung
  - Wissenstransfer
  - Qualitätssicherung
- Struktur:
  - Verortung im Verwaltungsaufbau
  - Personal & Finanzen (Ressourcen)





- Aufgaben-Vorschlag für Speyer:
  - Konzeption und Koordinierung der Beteiligungsprozesse in Zusammenarbeit mit den Fachämtern
  - Erstellung und regelmäßige Aktualisierung der Vorhabenliste, Beratung der Fachämter zu Erstellung der Projektsteckbriefe
  - Monitoring der Beteiligungsprozesse im Hinblick auf die Einhaltung der Beteiligungsleitlinien und der jeweiligen Beteiligungskonzepte
  - Beratung und Unterstützung der Verwaltungsmitarbeiter\*innen/Abteilungen bei Bürgerbeteiligung insgesamt und Umsetzung der Beteiligungsleitlinien
  - Lotsenfunktion für Bürger\*innen: Information, Beratung und Unterstützung zu/bei Bürgerbeteiligung insgesamt und der Umsetzung der Beteiligungsleitlinien
  - Kontaktpflege zu Quartiersmanagement und Stadtteilvereinen
  - Öffentlichkeitsarbeit bzw. Erstellung relevanter Informationen für die hauseigene Pressestelle



- Weitere Aufgaben (ressourcenabhängig):
  - Weiterbildung/Schulung der Verwaltungsmitarbeiter\*innen im Bereich Beteiligung in Abstimmung mit der Abteilung 120 Personal
  - Pflege der Internetseite zu Bürgerbeteiligung/Bürgerbeteiligungsportal in Abstimmung mit der Pressestelle
  - Evaluierung und Weiterentwicklung der Beteiligungsleitlinien
- Struktur-Vorschlag für Speyer:
  - Teil des OB-Büros
  - Eigenes Budget
  - > kein konkreter Vorschlag zum Umfang Personal & Finanzen





- Erfahrungen in Speyer:
  - Beteiligungskultur: Positiv & aktive Bürgerschaft
    - Eigene Erfahrungen & Leitfadengestützte Interviews
  - Gewünschte Beteiligungsformate Bürgerworkshop & Online-Umfrage: insb. digitale Kanäle & digitales Informationsportal + Informationsveranstaltungen
- Vorschlag Leitlinien:
  - Bürgerbeteiligungsportal (Webseite)
  - Methoden-/Formatesammlung im Anhang
- Blick in die Zukunft:
  - Welche Formate funktionieren (nicht) in Speyer?
  - Analoge, digitale & hybride Formate?
  - Digital First?



## Ergebnisse Raum zwei

**Thema:** Verankerung in der Stadtverwaltung und Formate der Beteiligung

**Fragen:**

- Was sollte die **Koordinierungsstelle** leisten und wie sollte sie ausgestaltet werden?
- Welche **Formate der Beteiligung** brauchen wir, auch digital?

### Koordinierungsstelle

Abgrenzung wichtig, für welche Aufgaben FB und wo Koordinierungsstelle zuständig

Welcher Personalanteil ist in Landau für Bürgerbeteiligung vorgesehen?  
WITI holt Infos ein

Bündelung Bürgerbeteiligung wichtig, eine Person braucht „Überblick“ über alle Beteiligungsprojekte, um u.a. Überschneidungen von Beteiligungsprozessen zu vermeiden  
-> Personalbedarf notwendig

### Beteiligungsformate

#### Quartierumfeld vor Ort

-> Infoveranstaltung inkl. Dialogmöglichkeit (z.B. Stand vor Ort)  
-Informationsplattform (Webseite, Flyer etc.), beachte: Barrierefreiheit

#### "Werkzeugkasten" mit Methoden in Leitlinien hilfreich

Attraktiver Veranstaltungsort, z.B. Markt

Mischung macht's aus analog & digital

Terminierung der Veranstaltungen, Zeitangebote, die für Bürger\*innen interessant/möglich sind

Männer bringen sich in SP, insb. bei digitaler Beteiligung intensiver ein



# WITI – Wissens- und Ideentransfer für Innovationen in der Verwaltung



Wissens- und Ideentransfer für  
Innovation in der Verwaltung

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung



Gemeinsame  
Wissenschaftskonferenz  
GWK

**Innovative  
Hochschule**



Deutsche Universität für  
Verwaltungswissenschaften  
Speyer

## RAUM 3: STADTSIMULATION: ARBEIT AN EINEM KONKRETEN BEISPIEL



## Die Stadt Steyer plant folgenden Prozess:

Die Achse Niklas-Luhmann-Straße – Marcuse-Straße – Im Weiher in der Stadt Steyer soll saniert werden. Dies ist insbesondere in der Luhmann-Straße dringend notwendig, ebenso ist das Angebot der Gehwege in der Marcuse-Straße unzureichend. Die Sanierung soll im Vorfeld abschnittsweise stattfinden, um den Umleitungsverkehr so gering wie möglich zu halten. Frühestens nach Beendigung der Maßnahme Umleitungsverkehr kann durch die verkehrsrechtliche Ausweisung einer **Fahrradstraße** auf dieser Achse eine noch attraktivere und sichere Radanbindung von Norden in die Innenstadt ermöglicht werden.

Welche Schritte sind nun seitens der Stadtverwaltung wann notwendig?



Niklas-Luhmann-Straße in Steyer



# Sieben Schritte im Partizipationsleitfaden:





Schritt	Beispiel Steyer	Leitfaden
1. Frühzeitige Information		Vorhabenliste (Kap. 3.1)
2. Anregung von Bürgerbeteiligung		Einreichen von Vorschlägen (Kap. 3.2)
3. Entscheidung über Bürgerbeteiligung („Ob“)		
4. Erarbeitung des Beteiligungskonzepts („Wie“) durch Fachamt und Koordinierungsstelle		(Kap. 3.3)
5. Durchführung des Beteiligungsverfahrens		
6. Auswertung, Dokumentation der Ergebnisse und Entscheidungsfindung		(Kap. 3.4)
7. Rückmeldung an Bürger*innen und Veröffentlichung der Ergebnisse des Verfahrens		(Kap. 3.4)

## Ergebnisse Raum drei

**Thema:** Simulation der Schritte eines städtischen Vorhabens (Sanierung einer Straße und Umbau zur Fahrradstraße) unter informeller Beteiligung in der fiktiven Stadt Steyer

**Frage:** Welche Maßnahmen wären in welcher Phase des Stadtvorhabens von Bedeutung?

Schritt	Maßnahme	Dabei zu berücksichtigen:
1	Vorhabenliste	<p>Die Berichterstattung zum Vorhaben sollte neben der <b>Information durch den Stadtrat</b> auch über weitere <b>analoge als auch digitale Medien</b> gewährleistet werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- analog: Aushänge in Stadteilbüros, Schulen, Pflegeheimen, (lokale) Printmedien</li> <li>- digital: social media, Website der Stadt</li> </ul> <p>Vorab zu klären: Wie und in welcher Form kann Beteiligung überhaupt stattfinden?</p>
2	Anregung von / Entscheidung über Bürgerbeteiligung	<p>Drei Möglichkeiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- durch Stadtverwaltung</li> <li>- durch Bürger*innen: suchen Gleichgesinnte, sammeln Unterschriften, machen Vorschlag an Stadtrat / an einzelne Fraktionen</li> <li>- durch Stadtrat: Anregung durch den Stadtrat ist zu bevorzugen, da offizielles Mandat</li> </ul>
3	Konzeptentwurf	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Erarbeitung Konzeptvorschlag durch Koordinierungsstelle <ul style="list-style-type: none"> <li>o Einbezug Quartiersmanagement/Quartiere</li> <li>o Fachabteilungen überprüfen Konzept auf Machbarkeit und führen das Beteiligungsverfahren durch</li> </ul> </li> <li>➔ Festlegung, in welcher Form beteiligt werden soll</li> <li>-</li> </ul>
4	Beteiligungsprozess	<ul style="list-style-type: none"> <li>- (externe) eingesetzte Moderation muss Kenntnisse des Prozesses haben und auf Augenhöhe agieren</li> <li>- Koordinierungsstelle informiert laufend über den Stand des Verfahrens</li> </ul>
5	Auswertung	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Dokumentation <ul style="list-style-type: none"> <li>o Rücktransfer auf fachliche Ebene, daher Fachabteilung</li> </ul> </li> </ul>

		<ul style="list-style-type: none"> <li>○ Fachabteilung kann Ergebnisse entweder als direkte Vorlage für den Stadtrat empfehlen oder darum bitten, dass sie in den Entscheidungsprozess einfließen</li> </ul>
6	Rückmeldung	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Stadtrat trifft eine Entscheidung und begründet sein Vorgehen öffentlich</li> <li>- Bekanntmachung der Ergebnisse soll wieder wie der Start des Prozesses in analogen und digitalen Medien kommuniziert werden</li> </ul>

#### Maßnahmen/Vorschläge:

- Kommunikation
  - Digitale und analoge Kommunikation von Start bis Ende des Prozesses nach innen und außen
  
- Transparenz
  - Unterschiedliche Wege für Bürgerbeteiligung transparent machen
  - Entscheidung für / gegen Bürgerbeteiligung öffentlich begründen
  - Gesamten Prozess transparent dokumentieren
  
- Rollen und Zuständigkeiten:
  - Klärung der Zuständigkeiten und Aufgaben der Koordinierungsstelle
  - Rolle der jeweiligen Fachabteilungen abklären

# WITI – Wissens- und Ideentransfer für Innovationen in der Verwaltung



Wissens- und Ideentransfer für  
Innovation in der Verwaltung

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung



Gemeinsame  
Wissenschaftskonferenz  
GWK

*Innovative  
Hochschule*



Deutsche Universität für  
Verwaltungswissenschaften  
Speyer



WIE GEHT ES NACH DEM WORKSHOP WEITER?



- Prüfung und Einarbeitung der Workshop-Ergebnisse in den Entwurf des Partizipationsleitfadens



- ab 16. Juni 2021: Vorstellung des Leitfadentwurfs und Diskussion mit den Bürger\*innen



- Juli 2021: Abschließende Bearbeitung des Leitfadentwurfs